

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen

Antrag 001 "Wir sind Deine Dorfkindlobby!"

Änderungsanträge

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 6 - Antragsteller: KV Dresden			
1	Ersetze	(5) attraktives Freizeitangebot und digitale Angebote, die weite Wege überflüssig machen. / (6) Wir sind überzeugt: Startchancen kennen keine Ortsschilder! / (7) Versorgung an jeder Milchkanne!	Ersetze in Z. 6 <i>"Wir sind überzeugt: Startchancen kennen keine Ortsschilder!"</i> durch: <i>"Für uns ist klar: Startchancen dürfen nicht von Ortsschildern abhängen!"</i>
Abschnitt 1 - Seite 1 - Zeile 8 bis 11 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
2	Ersetze	(7) Versorgung an jeder Milchkanne! / (8) Wir möchten das Lebensgefühl auf dem Land nicht verändern. Damit aber Deine Entscheidung / (9) darüber, ob Du Deine Zukunft im Dorf oder in der Stadt gestaltest, nicht von äußeren Zwängen / (10) abhängt, müssen die Grundbedürfnisse der Menschen auch im ländlichen Raum gedeckt und die / (11) Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse flächendeckend gewährleistet sein. / (12) Dazu gehört insbesondere eine gesicherte medizinische Versorgung. Natürlich erfordert nicht	Machen wir den ländlichen Raum attraktiver! Behalten wir den Charme des Landes bei aber schaffen wir bessere Chancen, damit Du Dein Lebensideal eigenständig gestalten kannst. Die Sicherstellung von Grundbedürfnissen wie einer guten ärztlichen Versorgung oder Breitbandausbau in allen Regionen können dabei nur der Anfang sein...

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Abschnitt 2 - Seite 1 - Zeile 11 - Antragsteller: Lukas Stede, LV Hessen			
3	<p>Füge ein in Dieses Ziel lässt sich nur mit einem Wechsel zu einer langfristigen Strukturpolitik im Bereich der wirtschaftlichen, digitalen und sozialen Infrastruktur erreichen. Hierzu fordern wir die Öffnung der Artikel 104c und 91a im Grundgesetz. Wir brauchen eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“, um der notwendigen Förderung der Infrastruktur ländlicher Räume durch nachhaltige Verstetigung, Flexibilisierung und Vereinfachung der Mittelverwendung Rechnung zu</p>	<p>(10) abhängt, müssen die Grundbedürfnisse der Menschen auch im ländlichen Raum gedeckt und die / (11) Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse flächendeckend gewährleistet sein. / (12) Dazu gehört insbesondere eine gesicherte medizinische Versorgung. Natürlich erfordert nicht</p>	<p>Begründung: Wir brauchen eine neue Gemeinschaftsaufgabe "Ländliche Entwicklung" basierend auf Artikel 72 GG „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und ein Ende der Scheinfördertöpfe. Über 70% der BULE- und auch ein nicht unerheblicher Teil der GAK-Mittel werden nicht abgerufen. Wir fordern daher ein Ende des "Mehr-Schein-Als-Sein"-Haushalts und endlich einen Fokus auf die Infrastruktur und damit insbesondere die digitale Erschließung des ländlichen Raums. Hierfür ist eine gemeinschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die über das aktuelle Maß und die Möglichkeiten in der Bundeshaushaltsordnung hinausgehen, erforderlich.</p> <p>Die weitere Begründung erfolgt mündlich.</p>

	tragen.		
Abschnitt 3 - Seite 1 - Zeile 18 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
4	Füge ein nach Hinter "werden."	(17) Medizinischen Versorgungszentren in den Mittelzentren und der Krankentransport zu diesen / (18) gestärkt werden. Um den zustimmungspflichtigen Austausch verschiedener Akteure im / (19) Gesundheitswesen über die patientenrelevante Versorgung zu gewährleisten, sind / (20) entsprechende Datenbanken zu schaffen. Dabei sollen auch die Möglichkeiten der Telemedizin	Darüber hinaus fordern wir, dass die benötigten Strukturen so ausgebaut werden, dass die Hilfsfrist für Einsätze der Feuerwehr und des Rettungsdienstes eingehalten werden kann.
Abschnitt 3 - Seite 1 - Zeile 20 bis 21 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
5	Ersetze	(19) Gesundheitswesen über die patientenrelevante Versorgung zu gewährleisten, sind / (20) entsprechende Datenbanken zu schaffen. Dabei sollen auch die Möglichkeiten der Telemedizin / (21) voll ausgeschöpft werden. Diese muss bereits in der medizinischen Ausbildung ein elementarer / (22) Bestandteil sein. Gleichzeitig begrüßen wir die Idee sogenannter Landarztquoten, die	Wir fordern, die Telemedizin als flächendeckende Möglichkeit der medizinischen Erstversorgung zu etablieren und die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen.
Abschnitt 3 - Seite 1 - Zeile 20 bis 21 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
6	Ersetze Den Satz "Dabei ... werden."	(19) Gesundheitswesen über die patientenrelevante Versorgung zu gewährleisten, sind / (20) entsprechende Datenbanken zu schaffen. Dabei sollen auch die Möglichkeiten der Telemedizin / (21) voll ausgeschöpft werden. Diese muss bereits in der medizinischen Ausbildung ein elementarer / (22) Bestandteil sein. Gleichzeitig begrüßen wir die Idee sogenannter Landarztquoten, die	Wir fordern, die Telemedizin als flächendeckende Möglichkeit der medizinischen Erstversorgung zu etablieren und die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen.
Seite 1 - Zeile 22 bis 26 - Antragsteller: LV Hessen			
7	Ersetze	(21) voll ausgeschöpft werden. Diese muss bereits in der medizinischen Ausbildung ein elementarer / (22) Bestandteil sein. Gleichzeitig begrüßen wir die Idee sogenannter Landarztquoten, die / (23) qualifizierten Interessenten einen erleichterten Zugang zum Medizinstudium bieten und dem / (24) Ärztemangel entgegenwirken. Bestehende "Landarztquoten" sollen in ein Anreizmodell / (25) verwandelt werden – beispielsweise mithilfe gezielter und an Bedingungen gekoppelter / (26) Stipendien. Der Zugang zum Modell soll dabei nicht nur für Studienanfänger möglich sein. Weiter / (27) setzen wir uns dafür ein, den Beruf des Landarztes attraktiver zu gestalten. Dazu fordern wir	Ersetze von "Gleichzeitig begrüßen" bis "möglich sein" durch „Eine Quote, nach der Medizinstudenten, die einer Tätigkeit als Hausarzt im ländlichen Raum nachgehen wollen, bei der Studienplatzvergabe bevorzugt werden, lehnen wir ab. Ein solches Instrument wirkt diskriminierend und schränkt Medizinstudenten in ihrer frühen Lebensplanung enorm ein.“

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 22 bis 26 - Antragsteller: BAK Gesundheit und Innovation			
8	Ersetze Ersetze ab "Gleichzeitig setzen..." bis "...möglich sein"	(21) voll ausgeschöpft werden. Diese muss bereits in der medizinischen Ausbildung ein elementarer / (22) Bestandteil sein. Gleichzeitig begrüßen wir die Idee sogenannter Landarztquoten, die / (23) qualifizierten Interessenten einen erleichterten Zugang zum Medizinstudium bieten und dem / (24) Ärztemangel entgegenwirken. Bestehende "Landarztquoten" sollen in ein Anreizmodell / (25) verwandelt werden – beispielsweise mithilfe gezielter und an Bedingungen gekoppelter / (26) Stipendien. Der Zugang zum Modell soll dabei nicht nur für Studienanfänger möglich sein. Weiter / (27) setzen wir uns dafür ein, den Beruf des Landarztes attraktiver zu gestalten. Dazu fordern wir	Die Integration von gesundheitsökonomischen Aspekten ins Curriculum stellt für uns ebenfalls eine sinnvolle Ergänzung dar. Dazu gehören Informationen zum Ablauf der Niederlassung, der Praxisführung, den Abrechnungsbedingungen und wirtschaftlichen Aspekten in einer Praxis. Eine verpflichtende Landarztquote mit Sanktionssystem lehnen wir entschieden ab. Diese sorgt lediglich für eine andere Verteilung der Zulassungen. Stattdessen ist dringend eine deutliche Erhöhung der Gesamtstudienplatzzahlen in der Humanmedizin angebracht. Außerdem setzen wir uns für eine Neuordnung der Auswahlverfahren gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 19.12.2017 ein.
Seite 1 - Zeile 22 bis 26 - Antragsteller: Landesverband Bayern			
9	Streiche	(21) voll ausgeschöpft werden. Diese muss bereits in der medizinischen Ausbildung ein elementarer / (22) Bestandteil sein. Gleichzeitig begrüßen wir die Idee sogenannter Landarztquoten, die / (23) qualifizierten Interessenten einen erleichterten Zugang zum Medizinstudium bieten und dem / (24) Ärztemangel entgegenwirken. Bestehende "Landarztquoten" sollen in ein Anreizmodell / (25) verwandelt werden – beispielsweise mithilfe gezielter und an Bedingungen gekoppelter / (26) Stipendien. Der Zugang zum Modell soll dabei nicht nur für Studienanfänger möglich sein. Weiter / (27) setzen wir uns dafür ein, den Beruf des Landarztes attraktiver zu gestalten. Dazu fordern wir	Streichung "Landarztquote"
Abschnitt 3 - Seite 1 - Zeile 22 bis 26 - Antragsteller: BAK Gender & Diversity für LHG			
10	Ersetze Ersetze von "Gleichzeitig... bis "möglich sein"	(21) voll ausgeschöpft werden. Diese muss bereits in der medizinischen Ausbildung ein elementarer / (22) Bestandteil sein. Gleichzeitig begrüßen wir die Idee sogenannter Landarztquoten, die / (23) qualifizierten Interessenten einen erleichterten Zugang zum Medizinstudium bieten und dem / (24) Ärztemangel entgegenwirken. Bestehende "Landarztquoten" sollen in ein Anreizmodell / (25) verwandelt werden – beispielsweise mithilfe gezielter und an Bedingungen gekoppelter / (26) Stipendien. Der Zugang zum Modell soll dabei nicht nur für Studienanfänger möglich sein. Weiter / (27) setzen wir uns dafür ein, den Beruf des Landarztes attraktiver zu gestalten. Dazu fordern wir	Das Modell der Landarztquote aus dem Masterplan 2020 lehnen wir ab, da wir es jungen Menschen zutrauen, selbst ihren späteren Arbeitsort auszusuchen.

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Abschnitt 1 - Seite 1 - Zeile 29 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
11	Streiche nach "Operationen" bis "Landärzte"	(28) Honoraranreize in Form extrabudgetärer Honorarzuschläge etwa bei Hausbesuchen oder / (29) ambulanten Operationen sowie die Abschaffung von Regressen für Landärzte. Wir begrüßen / (30) Investitionshilfen zum Beispiel der Kassenärztlichen Vereinigungen, damit gerade junge Ärzte es	
Seite 1 - Zeile 33 - Antragsteller: Robin Berg, Anna Neumann, Daniel Böhler			
12	Füge ein nach Füge ein nach "Gemeinschaftspraxen"	(32) Maßnahmen zwischen Ärzten und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen in / (33) Gemeinschaftspraxen oder Gesundheitszentren. / (34) Auch für den täglichen Bedarf muss gesorgt sein. Daher begrüßen wir die Förderung und	, kommunalen Praxis-Genossenschaften
Abschnitt 3 - Seite 1 - Zeile 33 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
13	Füge ein nach		In Regionen, wo die oben genannten Ansätze nicht greifen, fordern wir die Schaffung der Möglichkeit von Anstellungsverhältnissen für junge Ärzte bei den Kommunen, aus diesem heraus sie sich eine selbstständige Existenz in der Region aufbauen können.
Abschnitt 1 - Seite 1 - Zeile 36 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
14	Füge ein in nach "Banken"	(35) Einrichtung von Multifunktions- und Bürgerläden, in denen Dienstleistungen von Krankenkassen, / (36) Banken, Gemeindeämtern, der Gesundheitsversorgung, Postleistungen, Supermarktangebote, / (37) Annahme für Wäschereinigung und beispielsweise Cafés gebündelt werden können. Ebenfalls	"Polizeistellen"
Seite 1 - Zeile 43 - Antragsteller: Léonard Hyfing,			
15	Füge ein nach	(42) (Franchise-)Konzepte für Nahversorger in Orten ab 1000 Einwohnern verfügen, kann ein Weg / (43) sein, Unternehmen auf bestehende Marktlücken in kleineren Orten aufmerksam zu machen. / (44) Schließlich können auch innovative Konzepte wie Showrooms mit Bestellmöglichkeit und	In diesem Zusammenhang fordern die Jungen Liberalen die Regionalen Raumordnungspläne so anzupassen, dass Gemeinden selbst darüber entscheiden können über die Art und Größe der Supermarktansiedlungen.

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 44 - Antragsteller: Landesverband Bayern			
16	Füge ein in	(43) sein, Unternehmen auf bestehende Marktlücken in kleineren Orten aufmerksam zu machen. / (44) Schließlich können auch innovative Konzepte wie Showrooms mit Bestellmöglichkeit und / (45) anschließender Lieferung per Drohne das Problem fehlender herkömmlicher Ladengeschäfte auf / (46) dem Land überwinden. Solche Showrooms bieten den Komfort, sich Produkte und Waren vor / (47) dem Kauf anzusehen, zu bestellen und zu bezahlen und anschließend Lieferzeitpunkt und Ort / (48) gezielt auszuwählen. Im Rahmen solcher Showrooms können auch Konzepte virtueller Realität / (49) erprobt werden. / (50) Schließlich fordern wir die Schaffung mobiler Polizeistellen, die mithilfe eines als Wache	Streichung "Showroom"
Seite 1 - Zeile 45 - Antragsteller: Robert Müller, Robert Teuber			
17	Streiche	(44) Schließlich können auch innovative Konzepte wie Showrooms mit Bestellmöglichkeit und / (45) anschließender Lieferung per Drohne das Problem fehlender herkömmlicher Ladengeschäfte auf / (46) dem Land überwinden. Solche Showrooms bieten den Komfort, sich Produkte und Waren vor	Streiche in Z 45: <i>"per Drohne"</i>
Seite 1 - Zeile 48 bis 49 - Antragsteller: LV Hessen			
18	Streiche	(47) dem Kauf anzusehen, zu bestellen und zu bezahlen und anschließend Lieferzeitpunkt und Ort / (48) gezielt auszuwählen. Im Rahmen solcher Showrooms können auch Konzepte virtueller Realität / (49) erprobt werden. / (50) Schließlich fordern wir die Schaffung mobiler Polizeistellen, die mithilfe eines als Wache	Streiche "Im Rahmen solcher Showrooms können auch Konzepte virtueller Realität 49 erprobt werden."
Seite 1 - Zeile 49 - Antragsteller: LV Brandenburg			
19	Füge ein nach	(48) gezielt auszuwählen. Im Rahmen solcher Showrooms können auch Konzepte virtueller Realität / (49) erprobt werden. / (50) Schließlich fordern wir die Schaffung mobiler Polizeistellen, die mithilfe eines als Wache	Damit auch kleinere Geschäfte eine Chance gegenüber dem Online-Versandhandel haben, fordern wir die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 50 bis 52 - Antragsteller: Landesverband Bayern			
20	Streiche	(49) erprobt werden. / (50) Schließlich fordern wir die Schaffung mobiler Polizeistellen, die mithilfe eines als Wache / (51) ausgestatteten Polizeibusses zu festen Zeiten als Anlaufstelle dienen. Zusätzlich muss auch im / (52) ländlichen Raum eine regelmäßige Streifenpräsenz gewährt sein. Dafür muss mittelfristig die / (53) Zahl der Polizisten durch die Bundesländern erhöht werden. Die flächendeckende umfassende	Streichung "Mobile Polizeistellen"
Abschnitt 1 - Seite 1 - Zeile 50 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
21	Füge ein in zwischen "wir" und "die"	(49) erprobt werden. / (50) Schließlich fordern wir die Schaffung mobiler Polizeistellen, die mithilfe eines als Wache / (51) ausgestatteten Polizeibusses zu festen Zeiten als Anlaufstelle dienen. Zusätzlich muss auch im	"ersatzweise für die Integration in Bürgerläden"
Abschnitt 1 - Seite 1 - Zeile 50 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
22	Füge ein in zwischen "die" und "mithilfe"	(49) erprobt werden. / (50) Schließlich fordern wir die Schaffung mobiler Polizeistellen, die mithilfe eines als Wache / (51) ausgestatteten Polizeibusses zu festen Zeiten als Anlaufstelle dienen. Zusätzlich muss auch im	"beispielsweise"
Abschnitt 2 - Seite 1 - Zeile 52 bis 53 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
23	Streiche Ab "Dafür muss" bis "erhöht werden"	(51) ausgestatteten Polizeibusses zu festen Zeiten als Anlaufstelle dienen. Zusätzlich muss auch im / (52) ländlichen Raum eine regelmäßige Streifenpräsenz gewährt sein. Dafür muss mittelfristig die / (53) Zahl der Polizisten durch die Bundesländern erhöht werden. Die flächendeckende umfassende / (54) Wahrnehmung dieser Aufgaben ist durch Personalverstärkungen alleine jedoch nicht erreichbar.	

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 53 bis 57 - Antragsteller: KV Dresden			
24	Streiche	(52) ländlichen Raum eine regelmäßige Streifenpräsenz gewährt sein. Dafür muss mittelfristig die / (53) Zahl der Polizisten durch die Bundesländern erhöht werden. Die flächendeckende umfassende / (54) Wahrnehmung dieser Aufgaben ist durch Personalverstärkungen alleine jedoch nicht erreichbar. / (55) Daher sollten auch Konzepte, die Fortschrittstechnologien wie die Nutzung von Drohnen oder / (56) den Einsatz künstlicher Intelligenzen vorsehen, durch die für die Polizeiarbeit verantwortliche / (57) Länderebene entwickelt werden. / (58) Gerade im ländlichen Raum bietet die Digitalisierung erhebliche Chancen: Digitale	Streiche in Z. 53 bis 57: <i>"Die flächendeckende umfassende Wahrnehmung [...] verantwortliche Länderebene entwickelt werden."</i>
Seite 1 - Zeile 57 - Antragsteller: LV Brandenburg			
25	Füge ein nach	(56) den Einsatz künstlicher Intelligenzen vorsehen, durch die für die Polizeiarbeit verantwortliche / (57) Länderebene entwickelt werden. / (58) Gerade im ländlichen Raum bietet die Digitalisierung erhebliche Chancen: Digitale	Freiwillige Feuerwehren sind auf dem Land nicht nur Retter in der Not sondern auch ein sozialer Kit in der Gesellschaft. Mit einer zeitgemäßen Ausstattung, beitragsfreien Aus- und Weiterbildungsangeboten und der Anerkennung der geleisteten Arbeit bei der Rentenberechnung wollen wir die Freiwillige Feuerwehr wieder attraktiver machen und das ehrenamtliche Engagement würdigen. Viele Feuerwehrfrauen und -männer werden über die Jugendfeuerwehr angeworben. Durch eine stärkere Einbindung der Feuerwehren in die Schulen und den Unterricht wollen wir den Nachwuchs schon früh für die Feuerwehr begeistern.
Seite 1 - Zeile 61 - Antragsteller: BAK Wirtschaft, Energie und Finanzen			
26	Füge ein nach "werden."		Hierzu ist ein Rechtsanspruchs des Bürgers auf elektronische Kommunikation mit Behörden zu schaffen.
Abschnitt 1 - Seite 1 - Zeile 63 bis 64 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
27	Ersetze Zeile 63 ab "braucht" bis Ende Zeile 64	(62) Anwendung möglichst unkompliziert und barrierefrei ausgestaltet werden. Damit der Weg zum / (63) nächsten Amt nicht zum Tagestrip wird, braucht es mobile Verwaltungsbüros, die zu festen / (64) Terminen in der Fläche des Landes unterwegs sind. / (65) Zudem sollen benachbarte Kommunen noch stärker als bisher miteinander kooperieren. Eine	"in erster Linie Öffnungszeiten von Bürgerbüros, die sich der Lebensrealität berufstätiger Menschen anpassen."

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 65 bis 72 - Antragsteller: LV Thüringen			
28	Ersetze	(64) Terminen in der Fläche des Landes unterwegs sind. / (65) Zudem sollen benachbarte Kommunen noch stärker als bisher miteinander kooperieren. Eine / (66) Pflicht zur Gemeindefusionierungen von Kommunen unter 5000 Einwohnern lehnen wir jedoch / (67) ab. In jedem Fall darf eine Zentralisierung von Strukturen nicht zu einer untragbaren Entfernung / (68) der kommunalen Dienstleistungen vom Bürger führen. Eine Gemeindefusionierung darf nicht / (69) zum Verlust gewachsener kommunaler Identität führen. Dies können unter anderem starke / (70) Ortschaftsräte gewährleisten. Welche Aufgaben die Ortschaften erhalten, sollen die Kommunen / (71) selbst bestimmen können. Lediglich Aufgaben, die grundsätzlich dem Gemeinderat obliegen, / (72) dürfen nicht übertragen werden. / (73) Auf dem Land zu Hause!	Die kommunale Selbstverwaltung ist für uns Junge Liberale ein nicht verhandelbares Gut. Wir möchten den Städten und Gemeinden mehr Entscheidungskompetenzen geben. Eine Pflicht zur Gemeindefusionierung lehnen wir ab. Allein die Freiwilligkeit von Gebietszusammenschlüssen schafft deren Akzeptanz bei der Bevölkerung. Städte und Gemeinden sollen eigenständig im Sinne kommunaler Freiheit über kommunale Strukturen entscheiden und auch stärker neue Wege der Zusammenarbeit und Kooperationen gehen. Die interkommunale Zusammenarbeit und die Weiterentwicklung von Verwaltungen stellen einen bürgernahen und dezentralen Weg zu effizienten Verwaltungsstrukturen dar. Bei Gemeindefusionen kommen den zukünftigen Ortschaftsräten eine wichtige Funktion zu, damit gewachsene kommunale Identität nicht verloren geht. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten die Ortschaften erhalten, sollen die Kommunen selbst bestimmen können. Dazu sollen Ortschaften ausreichend frei verfügbare Finanzierungsmittel erhalten, um das Leben vor Ort zu gestalten
Seite 1 - Zeile 75 - Antragsteller: Léonard Hyfing			
29	Ersetze "Dies hängt auch"	(74) In wachsenden dörflichen und ländlichen Regionen entstehen häufig zu wenige Neubaugebiete / (75) und zu wenig Wohnraum. Dies hängt auch mit den schwierigen Ausweisungsverfahren / (76) zusammen. Wir fordern die Vereinfachung von Ausweisungsverfahren. Darüber hinaus müssen	Deswegen lehnen wir jegliche Einschränkungen zur Ausweisung von Neubaugebieten durch Landkreise oder höhere Ebenen ab. Darüber hinaus hängt dies auch
Seite 1 - Zeile 78 bis 82 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
30	Streiche Ab "Deshalb" bis "von der Grundsteuer"	(77) Baugenehmigungsverfahren schneller und von kommunaler Seite aus transparenter werden. / (78) Zudem existieren in ländlichen Regionen nur wenige 1- und 2-Zimmer-Wohnungen. Deshalb / (79) müssen Wohnungen für eine Zielgruppe im Alter von 16 bis 35 Jahren, die ihren / (80) Lebensmittelpunkt und Wohnsitz gerne im ländlichen Raum halten wollen, geschaffen werden. / (81) Hierzu sind Anreize zum (Aus- und Um-) Bau von 1- und 2-Zimmer-Wohnungen im ländlichen / (82) Raum zu schaffen – beispielsweise durch zeitlich begrenzte Befreiungen von der Grundsteuer. / (83) Dorfkerne sollten zunehmend als Mischgebiete deklariert werden, sodass Gewerbebetrieb	

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Abschnitt 2 - Seite 1 - Zeile 78 bis 82 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
31	Streiche Zeile 78 bis Zeile 82 komplett	(77) Baugenehmigungsverfahren schneller und von kommunaler Seite aus transparenter werden. / (78) Zudem existieren in ländlichen Regionen nur wenige 1- und 2-Zimmer-Wohnungen. Deshalb / (79) müssen Wohnungen für eine Zielgruppe im Alter von 16 bis 35 Jahren, die ihren / (80) Lebensmittelpunkt und Wohnsitz gerne im ländlichen Raum halten wollen, geschaffen werden. / (81) Hierzu sind Anreize zum (Aus- und Um-) Bau von 1- und 2-Zimmer-Wohnungen im ländlichen / (82) Raum zu schaffen – beispielsweise durch zeitlich begrenzte Befreiungen von der Grundsteuer. / (83) Dorfkerne sollten zunehmend als Mischgebiete deklariert werden, sodass Gewerbebetrieb	
Abschnitt 2 - Seite 1 - Zeile 78 bis 82 - Antragsteller: Paavo Czwikla, Daniel Steiner			
32	Streiche Streiche Zeile 78 ab "existieren" bis Ende. Streiche Zeilen 81 und 82 komplett.	(77) Baugenehmigungsverfahren schneller und von kommunaler Seite aus transparenter werden. / (78) Zudem existieren in ländlichen Regionen nur wenige 1- und 2-Zimmer-Wohnungen. Deshalb / (79) müssen Wohnungen für eine Zielgruppe im Alter von 16 bis 35 Jahren, die ihren / (80) Lebensmittelpunkt und Wohnsitz gerne im ländlichen Raum halten wollen, geschaffen werden. / (81) Hierzu sind Anreize zum (Aus- und Um-) Bau von 1- und 2-Zimmer-Wohnungen im ländlichen / (82) Raum zu schaffen – beispielsweise durch zeitlich begrenzte Befreiungen von der Grundsteuer. / (83) Dorfkerne sollten zunehmend als Mischgebiete deklariert werden, sodass Gewerbebetrieb	
Seite 1 - Zeile 78 bis 82 - Antragsteller: KV Dresden			
33	Streiche	(77) Baugenehmigungsverfahren schneller und von kommunaler Seite aus transparenter werden. / (78) Zudem existieren in ländlichen Regionen nur wenige 1- und 2-Zimmer-Wohnungen. Deshalb / (79) müssen Wohnungen für eine Zielgruppe im Alter von 16 bis 35 Jahren, die ihren / (80) Lebensmittelpunkt und Wohnsitz gerne im ländlichen Raum halten wollen, geschaffen werden. / (81) Hierzu sind Anreize zum (Aus- und Um-) Bau von 1- und 2-Zimmer-Wohnungen im ländlichen / (82) Raum zu schaffen – beispielsweise durch zeitlich begrenzte Befreiungen von der Grundsteuer. / (83) Dorfkerne sollten zunehmend als Mischgebiete deklariert werden, sodass Gewerbebetrieb	Streiche in Z. 78 bis 82: <i>"Zudem existieren in [...] Befreiungen von der Grundsteuer."</i>

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 78 bis 82 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
34	Streiche	(77) Baugenehmigungsverfahren schneller und von kommunaler Seite aus transparenter werden. / (78) Zudem existieren in ländlichen Regionen nur wenige 1- und 2-Zimmer-Wohnungen. Deshalb / (79) müssen Wohnungen für eine Zielgruppe im Alter von 16 bis 35 Jahren, die ihren / (80) Lebensmittelpunkt und Wohnsitz gerne im ländlichen Raum halten wollen, geschaffen werden. / (81) Hierzu sind Anreize zum (Aus- und Um-) Bau von 1- und 2-Zimmer-Wohnungen im ländlichen / (82) Raum zu schaffen – beispielsweise durch zeitlich begrenzte Befreiungen von der Grundsteuer. / (83) Dorfkerne sollten zunehmend als Mischgebiete deklariert werden, sodass Gewerbebetrieb	Wir beantragen die Streichung des Teils "Deshalb müssen Wohnungen für eine Zielgruppe im Alter von 16 bis 35 Jahren, die ihren Lebensmittelpunkt und Wohnsitz gerne im ländlichen Raum halten wollen, geschaffen werden. Hierzu sind Anreize zum (Aus- und Um-) Bau von 1- und 2-Zimmer-Wohnungen im ländlichen Raum zu schaffen – beispielsweise durch zeitlich begrenzte Befreiungen von der Grundsteuer."
Seite 1 - Zeile 83 bis 84 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
35	Streiche Ab "Dorfkerne" bis "kann"	(82) Raum zu schaffen – beispielsweise durch zeitlich begrenzte Befreiungen von der Grundsteuer. / (83) Dorfkerne sollten zunehmend als Mischgebiete deklariert werden, sodass Gewerbebetrieb / (84) vereinfacht parallel zu Wohnnutzung stattfinden kann. Nutzungsänderungen im Bestand / (85) müssen vereinfacht werden, um Leerstand vorzubeugen, wenn beispielsweise eine ehemalige	
Seite 1 - Zeile 90 bis 92 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
36	Streiche Ab "Zudem" bis "Immobilienmarkt wirken"	(89) Zur Erhaltung bisheriger Siedlungsstrukturen und zur Vermeidung zusätzlichen / (90) Flächenverbrauchs ist eine Wiedernutzung und teilweise Wiederbebauung sinnvoll. Zudem kann / (91) die Einrichtung und Vermarktung einer kommunalen Hausbörse als Plattform für potenzielle / (92) Käufer unterstützend und belebend auf den ländlichen Immobilienmarkt wirken. / (93) Auch die Entwicklungen der Share-Economy bieten Chancen für den Wohnungsmarkt im	

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 90 - Antragsteller: Marc Bauer			
37	Füge ein nach "sinnvoll."	(89) Zur Erhaltung bisheriger Siedlungsstrukturen und zur Vermeidung zusätzlichen / (90) Flächenverbrauchs ist eine Wiedernutzung und teilweise Wiederbebauung sinnvoll. Zudem kann / (91) die Einrichtung und Vermarktung einer kommunalen Hausbörse als Plattform für potenzielle	Zur Senkung des Flächenverbrauchs und einer auch ökonomisch nachteiligen Zersiedelung wird die Fortführung und Ausweitung des Modellprojekts zum interkommunalen Flächenzertifikatehandel befürwortet. Sollten sich die ökologischen und ökonomischen Vorteile auch weiterhin bestätigen, ist eine Implementierung anzustreben. Ansätzen, die Neuausweisungen von Bauflächen verbieten wollen, wird eine klare Absage erteilt.
Seite 1 - Zeile 92 - Antragsteller: LV Sachsen			
38	Füge ein nach		Wir sind der Auffassung, dass der ländliche Raum gegenüber Großstädten durch politische Eingriffe wie den sozialen Wohnungsbau nicht benachteiligt werden soll.
Seite 1 - Zeile 96 bis 100 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
39	Streiche Ab "Schließlich" bis "anzustreben"	(95) Erweiterung von Angeboten wie Mehrgenerationenhäusern, altersgerechten / (96) Wohngemeinschaften und studentischem Wohnen aus. Schließlich muss eine Stabilisierung des / (97) Immobilienmarktes auch in Gebieten mit Bevölkerungsrückgang gewährleistet werden, damit / (98) Immobilienvermögen nicht entwertet werden. Die Leerstandsquoten sollten einen im Einzelnen / (99) zu bestimmenden Zielwert daher nicht überschreiten. Dafür ist - wo notwendig und sinnvoll - die / (100) Weiterführung und teilweise auch Ausweitung von Rückbauaktivitäten anzustreben. / (101) Breitband statt Funklöcher!	
Abschnitt 2 - Seite 1 - Zeile 98 bis 100 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
40	Streiche Zeile 98 ab "Die" bis Zeile 100 Ende.	(97) Immobilienmarktes auch in Gebieten mit Bevölkerungsrückgang gewährleistet werden, damit / (98) Immobilienvermögen nicht entwertet werden. Die Leerstandsquoten sollten einen im Einzelnen / (99) zu bestimmenden Zielwert daher nicht überschreiten. Dafür ist - wo notwendig und sinnvoll - die / (100) Weiterführung und teilweise auch Ausweitung von Rückbauaktivitäten anzustreben. / (101) Breitband statt Funklöcher!	

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 104 - Antragsteller: LV Hessen			
41	Füge ein in	(103) Arbeitswelt, ermöglicht soziale Teilhabe und ist daher Teil der Grund- und Daseinsversorgung / (104) der heutigen Zeit. 5G an jeder Milchkanne ist für uns deshalb eine Selbstverständlichkeit! / (105) Wir fordern die Versorgung jeder Kommune mit hochleistungsfähigen Anschlüssen und	Füge ein nach "Zeit": Dies bedeutet, dass wir beim Netzausbau schon bei Erstellung der Vergaberichtlinien dem Stadt-Land-Gefälle entgegenzutreten müssen. Hierfür fordern wir, dass ländliche Regionen mit Förderbedarf in Regions-Clustern, gebündelt mit urbanen, für die Netzbetreiber zunächst attraktiveren Regionen, ausgeschrieben werden.
Seite 1 - Zeile 106 bis 108 - Antragsteller: Léonard			
42	Streiche	(105) Wir fordern die Versorgung jeder Kommune mit hochleistungsfähigen Anschlüssen und / (106) Glasfaserleitungen. Durch die oberirdische Glasfaserkabelverlegung können kostengünstig und / (107) schnell auch entlegene Orte und Gehöfte mit hochwertigem Breitbandanschluss ausgestattet / (108) werden. Dabei befürworten wir die Einrichtung öffentlicher Infrastrukturfonds, um private / (109) Investoren an den Projekten beteiligen zu können. Daneben und neben der Einrichtung	"Durch die oberirdische...ausgestattet werden."
Seite 1 - Zeile 113 - Antragsteller: LV NRW			
43	Füge ein nach	(112) fördern wir die Entwicklung von 5G als Mobilfunknetz der Zukunft und streben eine bundesweite / (113) Versorgung bis 2022 an. / (114) Nächster Halt: Zukunft!	Wir sprechen uns außerdem für ein strukturelles Konzept der variablen Clusterbildung aus, in dem ländliche und städtische Regionen miteinander gekoppelt werden. Unternehmen bewerben und verpflichten sich dann zum Ausbau des gesamten Clusters und nicht nur einer einzelnen Region. Darüber hinaus fordern wir ein Umdenken in der Zielsetzung im Rahmen des Breitbandausbaus. Eine Benchmark-Lösung verhindert das Ausreizen alter Technologien (wie das Kupferkabel) und sorgt für eine langfristig konkurrenzfähige Performance Deutschlands im Vergleich zu anderen OECD-Staaten. Ziel soll dabei eine flächendeckend 105 prozentige Versorgung im Bereich von Übertragungsgeschwindigkeiten im Vergleich zu anderen OECD-Staaten sein.
Seite 1 - Zeile 119 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
44	Füge ein nach nach"und Bundesstraßen"	(118) fordern wir eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch eine Erhöhung der Mittel für den / (119) Ausbau und die Instandhaltung der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen. Wir wollen, dass / (120) die Investitionsprogramme des Bundes für Infrastrukturprojekte im ländlichen Raum dafür	"sowie einzelfallorientiert auch Autobahnanbindungen"

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Abschnitt 4 - Seite 1 - Zeile 119 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
45	Füge ein nach in Zeile 119 nach "Bundesstraßen"	(118) fordern wir eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch eine Erhöhung der Mittel für den / (119) Ausbau und die Instandhaltung der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen. Wir wollen, dass / (120) die Investitionsprogramme des Bundes für Infrastrukturprojekte im ländlichen Raum dafür	"Besonderes Augenmerk muss dabei auch auf die Ausweitung von Planungsstellen in den jeweiligen Straßenbauverwaltungen gelegt werden."
Seite 1 - Zeile 123 bis 124 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
46	Streiche Ab "Besonders" bis "profitieren"	(122) Investitionsprogramm mit Mitteln des Bundes zur Sanierung und Instandsetzung gefördert / (123) werden. Besonders Kommunen im Haushaltssicherungskonzept sollen von der Förderung / (124) profitieren. / (125) Eine bessere Auslastung des motorisierten Individualverkehrs kann durch die finanzielle und	
Abschnitt 4 - Seite 1 - Zeile 129 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
47	Streiche in Zeile 129 "auf Basis der Sharing Economy"	(128) sprechen wir uns für die bundesweite Aufhebung von staatlichen Markthindernissen für neue, / (129) konkurrierende Personenbeförderungsdienste auf Basis der Sharing Economy aus. / (130) Wir fordern die Schaffung der Voraussetzungen für autonomes Fahren, um eine	
Seite 1 - Zeile 141 - Antragsteller: Léonard Hyfing			
48	Füge ein nach	(140) geprüft werden. Mit der Bereitstellung von Daten der Fahrten soll eine verbesserte Taktung / (141) sichergestellt werden. / (142) Um Menschen mit Behinderung das Leben auf dem Land zu erleichtern und das	Auf Grund der zentralen Rolle und den bekannten Schwierigkeiten in den dünnbesiedelten Regionen ist die Mobilität für Schüler und Auszubildende aufgrund der beschränkten finanziellen Mittel besonders zu fördern. Dies sollte durch die Einführung eines kostenfreien Jugendtickets geschehen.
Seite 1 - Zeile 153 - Antragsteller: LV Brandenburg			
49	Streiche	(152) Schließlich fordern wir die Herabsenkung des Alters zum Erwerb eines PKW-Führerscheins um / (153) ein Jahr. Begleitetes Fahren soll ab 16 Jahren und eigenständiges Fahren ab 17 Jahren / (154) möglich sein. Wir befürworten außerdem die Herabsetzung des Alters zum Erwerb eines	Streiche "und eigenständiges Fahren ab 17 Jahren"
Seite 1 - Zeile 157 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
50	Füge ein nach	(156) Ausbildungsstätte soll modifiziert werden, sodass diese bereits für Personen ab 16 Jahren erteilt / (157) werden kann. / (158) Das Land soll boomen!	Wir beantragen hinter Zeile 157 "Zudem setzen wir uns für die Abschaffung des Fahrschulzwangs ein." zu ergänzen.

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 157 - Antragsteller: LV Sachsen			
51	Füge ein nach		<p>Geld für die Dörfer!</p> <p>Unser Leitbild ist die finanziell starke und unabhängige Kommune. Diese muss selbstverständlich in der Lage sein ihre Pflichtaufgaben ohne externe Fördermittel erfüllen zu können und einen ausreichenden Spielraum für weitere freiwillige Aufgaben zu haben. Daher muss die Finanzausstattung der kommunalen Ebene nachhaltig verbessert werden. Wir sprechen uns für eine Neuaufteilung der Mittel aus der Umsatzsteuer aus. Wir wollen den Anteil der Kommunen am bisherigen Aufkommen der Umsatzsteuer stark erhöhen zu Lasten von Bund und Land.</p>
Seite 1 - Zeile 170 - Antragsteller: Landesverband Bayern			
52	Füge ein nach		Ergänze: "Darüber hinaus wollen wir digitale Freiheitszonen für Neugründungen in strukturschwachen Gebieten schaffen."
Abschnitt 5 - Seite 1 - Zeile 172 bis 173 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
53	Ersetze Zeile 172 nach "uns" bis Zeile 173 Ende	(171) Gerade für Pendler aus dem ländlichen Raum in die Ballungsgebiete kann die Möglichkeit im / (172) Home Office zu arbeiten, eine echte Erleichterung sein. Wir setzen uns daher für ein / (173) ausgewogenes Recht auf Home Office ein. / (174) In ländlichen Regionen nimmt der Tourismus als Wirtschaftsfaktor eine wichtige Rolle ein. Eine	"daneben für eine Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetzgebung ein."
Seite 1 - Zeile 172 bis 173 - Antragsteller: LV NRW			
54	Ersetze ab "Wir"	(171) Gerade für Pendler aus dem ländlichen Raum in die Ballungsgebiete kann die Möglichkeit im / (172) Home Office zu arbeiten, eine echte Erleichterung sein. Wir setzen uns daher für ein / (173) ausgewogenes Recht auf Home Office ein. / (174) In ländlichen Regionen nimmt der Tourismus als Wirtschaftsfaktor eine wichtige Rolle ein. Eine	Deswegen fordern wir, dass rechtliche Regelungen in Hinsicht auf das teilweise oder vollständige Arbeiten von zu Hause aus soweit wie möglich vereinfacht werden sollen, um es Arbeitgebern und -nehmern zu erleichtern, diese Option zu nutzen.

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 172 bis 173 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
55	Streiche	(171) Gerade für Pendler aus dem ländlichen Raum in die Ballungsgebiete kann die Möglichkeit im / (172) Home Office zu arbeiten, eine echte Erleichterung sein. Wir setzen uns daher für ein / (173) ausgewogenes Recht auf Home Office ein. / (174) In ländlichen Regionen nimmt der Tourismus als Wirtschaftsfaktor eine wichtige Rolle ein. Eine	Wir beantragen die Streichung des Satzes "Wir setzen uns daher für ein ausgewogenes Recht auf Home Office ein."
Abschnitt 5 - Seite 1 - Zeile 178 - Antragsteller: BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd, BV Westfalen-West			
56	Ersetze in Zeile 178 "fordern wir die"	(177) werden. Wir sprechen uns daher – wo möglich – für die gemeinsame Vermarktung von / (178) regionalen Tourismusgebieten aus. Hierzu fordern wir die Landkreise auf, sich in / (179) interkommunalen Gesellschaften zu organisieren, um gemeinsam eine Steigerung der regionalen	"können" Redaktionell müssen bei Annahme in Zeile 178 "auf" und in Zeile 179 "zu" gestrichen werden.
Seite 1 - Zeile 194 - Antragsteller: BAK Wirtschaft, Energie und Finanzen			
57	Füge ein nach		Im Zuge einer Gemeindefinanzreform ist die Gewerbesteuer durch kommunale Hebesätze auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen.
Seite 1 - Zeile 204 bis 205 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
58	Streiche Ab "Eltern" bis "betreut wird"	(203) (privaten) Arbeitgeber, sind ein Anreiz für Fachkräfte. Kitas müssen in ihren Öffnungszeiten den / (204) Bedürfnissen in ländlichen Regionen Rechnung tragen. Eltern müssen die Gewissheit haben, / (205) dass ihr Kind während ihrer Arbeitszeit sicher betreut wird. / (206) Um schulische Vielfalt zu gewährleisten, fordern wir den Ausbau interkommunaler	
Seite 1 - Zeile 204 - Antragsteller: LV Hessen			
59	Füge ein in	(203) (privaten) Arbeitgeber, sind ein Anreiz für Fachkräfte. Kitas müssen in ihren Öffnungszeiten den / (204) Bedürfnissen in ländlichen Regionen Rechnung tragen. Eltern müssen die Gewissheit haben, / (205) dass ihr Kind während ihrer Arbeitszeit sicher betreut wird.	hinter dem Wort "tragen": "Aus diesem Grund setzen wir uns für zeitlich flexible Angebote der Kinderbetreuung und den breiteren Ausbau und die Förderung von Betriebskindergärten ein."

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 205 - Antragsteller: Landesverband Bayern			
60	Füge ein nach		Ergänze: "Den Erziehermangel bekämpft man am besten, indem man leistungsgerechte Entlohnung ermöglicht. Wir fordern darüber hinaus langfristig beitragsfreie Kindergärten. Allerdings sehen wir die eindeutige Priorität zunächst bei der Verbesserung der Betreuungsqualität., welche in den letzten Jahren massiv vernachlässigt wurde. Ebenso muss es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab der ersten Klasse geben. Sowohl für die Fortsetzung der frühkindlichen Bildungsangebote als auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein solcher Anspruch dringend notwendig. Die zeitliche Flexibilität der Eltern darf nicht mit dem Kindergarten enden. Bürokratische Hindernisse müssen wegfallen."
Seite 1 - Zeile 214 bis 221 - Antragsteller: LV Hessen			
61	Ersetze	(213) sichergestellt werden. / (214) Wir wollen die Wahlfreiheit bei der Auswahl der Schule auch im ländlichen Raum ermöglichen. / (215) Daher fordern wir, dass die Landkreise für alle Schülerinnen und Schüler, die auf ihrem Gebiet / (216) wohnen, die Anreise zu jeder Schule ihrer Trägerschaft sicherstellen. Der einfache Weg / (217) einschließlich Wartezeiten darf dabei nicht länger als eine Stunde dauern. Dies müssen die / (218) Landkreise nicht nur für die wohnortnächste Schule einer Schulform garantieren, sondern in / (219) einem solchen Radius, dass mindestens zwei Schulen jeder Schulform erreicht werden können. / (220) Muss aufgrund von Angebotsmangel die Beförderung in eine andere Kommune vorgenommen / (221) werden, so ist eine Beförderung zu allen Schulen dieser Kommune zu gewährleisten. / (222) Insbesondere für Azubis und Studenten fordern wir schließlich auch Bildungsangebote	Wir wollen die Wahlfreiheit bei der Auswahl von Fremdsprachen und anderen inhaltlichen Schwerpunkten sowie Wahlpflichtmodulen auch im ländlichen Raum gewährleisten. Diese erreichen wir mit einer verbesserten Mobilität und Kooperation zwischen den Lehrkörpern verschiedener Schulstandorte. Hierzu müssen entsprechende Rahmenbedingungen wie eine passende Fahrtkostenregelung, Versicherungsschutz und koordinierte Zeit- und Stundenpläne geschaffen werden.

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 216 bis 221 - Antragsteller: Léonard Hyfing			
62	Ersetze Ab "Der einfache Weg..."	(215) Daher fordern wir, dass die Landkreise für alle Schülerinnen und Schüler, die auf ihrem Gebiet / (216) wohnen, die Anreise zu jeder Schule ihrer Trägerschaft sicherstellen. Der einfache Weg / (217) einschließlich Wartezeiten darf dabei nicht länger als eine Stunde dauern. Dies müssen die / (218) Landkreise nicht nur für die wohnortnächste Schule einer Schulform garantieren, sondern in / (219) einem solchen Radius, dass mindestens zwei Schulen jeder Schulform erreicht werden können. / (220) Muss aufgrund von Angebotsmangel die Beförderung in eine andere Kommune vorgenommen / (221) werden, so ist eine Beförderung zu allen Schulen dieser Kommune zu gewährleisten. / (222) Insbesondere für Azubis und Studenten fordern wir schließlich auch Bildungsangebote	Der einfache Weg einschließlich Wartezeiten soll nicht länger als 60 Minuten dauern. Darüber hinaus müssen die Kooperationen zwischen den Trägern gestärkt werden, um auch Schulen der umliegenden Kommunen als Angebotschulen nutzen zu können. Zu allen Angebotsschulen muss die kostenfreie Beförderung durch den Heimatlandkreis gesichert sein.
Seite 1 - Zeile 217 bis 219 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
63	Streiche	(216) wohnen, die Anreise zu jeder Schule ihrer Trägerschaft sicherstellen. Der einfache Weg / (217) einschließlich Wartezeiten darf dabei nicht länger als eine Stunde dauern. Dies müssen die / (218) Landkreise nicht nur für die wohnortnächste Schule einer Schulform garantieren, sondern in / (219) einem solchen Radius, dass mindestens zwei Schulen jeder Schulform erreicht werden können. / (220) Muss aufgrund von Angebotsmangel die Beförderung in eine andere Kommune vorgenommen	Wir beantragen die Streichung des Satzes "Dies müssen die Landkreise nicht nur für die wohnortnächste Schule einer Schulform garantieren, sondern in einem solchen Radius, dass mindestens zwei Schulen jeder Schulform erreicht werden können."
Seite 1 - Zeile 217 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
64	Füge ein in nach "dabei"	(216) wohnen, die Anreise zu jeder Schule ihrer Trägerschaft sicherstellen. Der einfache Weg / (217) einschließlich Wartezeiten darf dabei nicht länger als eine Stunde dauern. Dies müssen die / (218) Landkreise nicht nur für die wohnortnächste Schule einer Schulform garantieren, sondern in	"i.d.R."
Seite 1 - Zeile 219 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
65	Ersetze Ab "mindestens" bis "werden können"	(218) Landkreise nicht nur für die wohnortnächste Schule einer Schulform garantieren, sondern in / (219) einem solchen Radius, dass mindestens zwei Schulen jeder Schulform erreicht werden können. / (220) Muss aufgrund von Angebotsmangel die Beförderung in eine andere Kommune vorgenommen	"eine Schule jeder Schulform erreicht werden kann"

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 222 - Antragsteller: BAK Gender u Diversity			
66	Ersetze	(221) werden, so ist eine Beförderung zu allen Schulen dieser Kommune zu gewährleisten. / (222) Insbesondere für Azubis und Studenten fordern wir schließlich auch Bildungsangebote / (223) staatlicher Bildungseinrichtungen, die als Fernstudium oder Onlineunterricht ausgestaltet sind.	Studierende (sowie ansonsten redaktionell überall das Maskulinum und Femininum, zb Pendler und Pendlerinnen)
Seite 1 - Zeile 223 - Antragsteller: LV Hessen			
67	Füge ein in	(222) Insbesondere für Azubis und Studenten fordern wir schließlich auch Bildungsangebote / (223) staatlicher Bildungseinrichtungen, die als Fernstudium oder Onlineunterricht ausgestaltet sind. / (224) Engagiert auf dem Land!	Am Ende des Satzes: "Darüber hinaus fordern die Jungen Liberalen den dezentralen Ausbau dualer Studienangebote gerade in klein- bis mittelgroßen Städten, um der Abwanderung von jungen Menschen zur Aufnahme eines Studiums entgegenzutreten und ihnen eine akademische Zukunft auf dem Land zu bieten."
Seite 1 - Zeile 223 - Antragsteller: Landesverband Bayern			
68	Füge ein nach Onlineunterricht		Füge ein "sowie MOOCs (Massive Open Online Courses)"
Seite 1 - Zeile 224 bis 235 - Antragsteller: BV Ruhrgebiet			
69	Streiche	(223) staatlicher Bildungseinrichtungen, die als Fernstudium oder Onlineunterricht ausgestaltet sind. / (224) Engagiert auf dem Land! / (225) Schließlich wollen wir ehrenamtliches Engagement als tragende Säule der Alltags- und / (226) Freizeitgestaltung junger Menschen fördern. Insbesondere im ländlichen Raum leben die Vereine / (227) vom intensiven und aktiven Engagement der Ehrenamtlichen. In der heutigen Gesellschaft bietet / (228) sich jedoch gerade für Jugendliche wenig Raum und Zeit, ein Ehrenamt wahrzunehmen. Deshalb / (229) ist für Schüler eine Anpassung der Unterrichtszeiten durch eine Flexibilisierung des / (230) Ganztagsangebotes wichtig, damit der späte Nachmittag auch einem sozialen Amt gewidmet / (231) werden kann. Für das aktive Engagement im Vorstand oder in bestimmten Projekten eines / (232) Vereins soll die Möglichkeit einer vereinfachten Freistellung von Arbeit oder Unterricht bestehen. / (233) Weiterhin soll in bestimmten Fällen die Möglichkeit bestehen, sich die Vorstandsarbeit oder das / (234) ehrenamtliche Engagement in bestimmten Projekten für Module im Studium bzw. der Ausbildung / (235) anrechnen zu lassen.	

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 230 bis 231 - Antragsteller: KV Dresden			
70	Ersetze	(229) ist für Schüler eine Anpassung der Unterrichtszeiten durch eine Flexibilisierung des / (230) Ganztagsangebotes wichtig, damit der späte Nachmittag auch einem sozialen Amt gewidmet / (231) werden kann. Für das aktive Engagement im Vorstand oder in bestimmten Projekten eines / (232) Vereins soll die Möglichkeit einer vereinfachten Freistellung von Arbeit oder Unterricht bestehen.	Ersetze in Z. 230 f. <i>"damit der späte Nachmittag auch einem sozialen Amt gewidmet werden kann."</i> durch: <i>"damit mindestens zwei späte Nachmittage der Schulwoche für ehrenamtliche Arbeit oder Vereinsengagement genutzt werden können."</i>
Seite 1 - Zeile 231 bis 235 - Antragsteller: Robert Teuber, Robert Müller			
71	Streiche	(230) Ganztagsangebotes wichtig, damit der späte Nachmittag auch einem sozialen Amt gewidmet / (231) werden kann. Für das aktive Engagement im Vorstand oder in bestimmten Projekten eines / (232) Vereins soll die Möglichkeit einer vereinfachten Freistellung von Arbeit oder Unterricht bestehen. / (233) Weiterhin soll in bestimmten Fällen die Möglichkeit bestehen, sich die Vorstandsarbeit oder das / (234) ehrenamtliche Engagement in bestimmten Projekten für Module im Studium bzw. der Ausbildung / (235) anrechnen zu lassen.	Streiche in Z. 231 bis 235: <i>"Für das aktive Engagement [...] anrechnen zu lassen."</i>
Seite 1 - Zeile 231 bis 235 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
72	Ersetze	(230) Ganztagsangebotes wichtig, damit der späte Nachmittag auch einem sozialen Amt gewidmet / (231) werden kann. Für das aktive Engagement im Vorstand oder in bestimmten Projekten eines / (232) Vereins soll die Möglichkeit einer vereinfachten Freistellung von Arbeit oder Unterricht bestehen. / (233) Weiterhin soll in bestimmten Fällen die Möglichkeit bestehen, sich die Vorstandsarbeit oder das / (234) ehrenamtliche Engagement in bestimmten Projekten für Module im Studium bzw. der Ausbildung / (235) anrechnen zu lassen.	Wir beantragen den Teil "Für das aktive Engagement [...] zu lassen." durch "Weiterhin soll die Möglichkeit bestehen, sich für ein Studium förderliche Erfahrungen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit, vergleichbar einem FSJ, auf den NC anrechnen zu lassen." zu ersetzen

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 231 - Antragsteller: Robert Teuber, Robert Müller, Fritz Gnörich			
73	Füge ein nach	(230) Ganztagsangebotes wichtig, damit der späte Nachmittag auch einem sozialen Amt gewidmet / (231) werden kann. Für das aktive Engagement im Vorstand oder in bestimmten Projekten eines / (232) Vereins soll die Möglichkeit einer vereinfachten Freistellung von Arbeit oder Unterricht bestehen.	Füge in Z. 231 nach <i>"[...] gewidmet werden kann."</i> ein: <i>"Außerdem setzen wir uns für die Möglichkeit ein, Unterrichtsstunden im Fach Sport durch nachgewiesen regelmäßig im Sportverein betriebenen Sport erlassen zu bekommen."</i>
Seite 1 - Zeile 236 - Antragsteller: BAK Gender u Diversity			
74	Füge ein nach	(235) anrechnen zu lassen. / (236)	Zudem wollen wir die Beratungsangebote für junge Menschen ausbauen. Anders als in der diversen Stadt führt Anderssein auf dem Land oftmals zu Ausgrenzung. Ob beim Erkunden der Sexualität, dem Coming-Out oder der Persönlichkeitsfindung - Gleichgesinnte zu finden ist nicht immer einfach. Darum fordern wir ein verstärktes Beratungs- und Betreuungsangebot analog oder online ein, dass Antworten auf Fragen junger Menschen geben kann und sie ermutigt, ihre Persönlichkeit frei zu entfalten.

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen

Antrag 002 "Keine Todesstrafe in Brunei"

Änderungsanträge

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 2 bis 3 - Antragsteller: Anna Neumann, Ralf Keller, Roland Fink, Daniel Böhler			
75	Ersetze eingeführte Todesstrafe durch Steinigung für Homosexuelle	(1) Keine Todesstrafe in Brunei / (2) Wir Junge Liberale verurteilen die in dem Sultanat Brunei Darussalam eingeführte Todesstrafe / (3) durch Steinigung für Homosexuelle. Auch weitere, im selben Zuge der strafrechtlichen / (4) Neufassung eingeführten Strafen, beispielsweise die gewaltsame Amputation von Gliedmaßen	gesetzlich eingeführte Todesstrafe für gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr.
Seite 1 - Zeile 7 - Antragsteller: Anna Neumann, Ralf Keller, Roland Fink, Daniel Böhler, Marc Bauer			
76	Füge ein in Waffenexporte in das Sultanat sind zu unterlassen.	(6) mögliche Sanktionen zu prüfen und durchzusetzen, insbesondere Wirtschaftssanktionen. / (7) Waffenexporte in das Sultanat sind zu unterlassen.	In den letzten Jahren exportierte die Bundesregierung auch immer wieder Rüstungsgüter in das Sultanat. Im Jahre 2017 wurden Teile für Kommunikationsausrüstung, im Jahre 2016 unter anderem Teile für Waffenzielgeräte und Geschütze exportiert. Wir Junge Liberale wollen uns für eine differenzierte Rüstungsexportpolitik einsetzen, die unserem Auftrag der Einhaltung und Etablierung von Menschenrechten gerecht wird, gleichzeitig aber auch nicht verkennet, dass wir zwischen unterschiedlichen Kategorien der Rüstungsexportgüter differenzieren müssen. Aufgrund der jetzigen Menschenrechtsslage in Brunei fordern wir deswegen einen Exportstopp jeglicher Kriegswaffen iSd Kriegswaffenkontrollgesetzes. Die Genehmigung sämtlicher anderer Rüstungsexportgüter, wie bspw. Radar- oder Kommunikationsgeräte, ist gesondert zu betrachten.

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen

Antrag 101 "Qualitätsoffensive für die Lehrerbildung"

Änderungsanträge

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 12 - Antragsteller: Landesverband Bayern			
77	Füge ein nach		Ergänze: "Die Studierenden sollen mit dem Abschluss ihres Studiums den Fachbachelor erworben haben, sodass ihnen neben der Lehrtätigkeit auch Wege in andere Bereiche offenstehen."
Seite 1 - Zeile 16 bis 17 - Antragsteller: BV Münsterland			
78	Streiche Zeile 16 ab "Deshalb" bis Zeile 17 "an".	(15) Die bisherigen fachwissenschaftlichen Ausbildungsinhalte an der Universität sind häufig sehr / (16) spezifisch und haben wenig Bezug zu den Inhalten der Rahmenlehrpläne. Deshalb streben wir in / (17) solchen Fällen eine Verkürzung des Umfangs der fachwissenschaftlichen Inhalte an. Die / (18) Universitäten sind dazu angehalten, mehr gezielte Vertiefungen von Unterrichtsinhalten in ihr	
Seite 1 - Zeile 25 bis 26 - Antragsteller: BV Münsterland			
79	Streiche in den Zeilen 25 und 26 "und in den Semesterferien"	(24) Praxissemester durch eine durchgängige studienbegleitende Praxisausbildung ersetzen. Die / (25) Studierenden sollen parallel zu ihrem Studium bereits durchschnittlich an einem Wochentag und / (26) in den Semesterferien an einer Schule tätig sein und sollen dafür auch entsprechend Credit / (27) Points erhalten. Diese setzen sich sowohl aus der Präsenzzeit an den Schulen als auch aus den	

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 29 bis 37 - Antragsteller: BV Münsterland			
80	Streiche Die Zeilen 29 bis 37 komplett.	(28) Bewertungen für regelmäßige Lehrproben zusammen. / (29) Die Studieninteressierten bewerben sich vor Studienbeginn an einer Schule und werden auf / (30) dieser Grundlage einer Hochschule zugeteilt. Das Bildungsministerium soll dabei lediglich als / (31) Vermittler zwischen Bewerbern und Schulen fungieren. Die Entscheidung über die Einstellung / (32) und damit Ausbildung eines Lehramtsstudierenden treffen die Schulen selbst. So ermöglicht man / (33) den Schulen eine eigenständige Personalplanungspolitik und stellt eine bedarfsgerechte / (34) Ausbildung in den jeweiligen Fächern sicher. Entsprechend werden die Studierenden während / (35) ihres dualen Studiums auch bereits auf Widerruf verbeamtet und dementsprechend bezahlt. / (36) Dadurch wird das Lehramtsstudium deutlich attraktiver und dem Weggang, besonders aus dem / (37) ländlichen Raum, entgegengewirkt. / (38) Während ihrer praktischen Ausbildung sollen die Studierenden durch Mentorinnen und Mentoren	
Seite 1 - Zeile 45 - Antragsteller: BV Münsterland			
81	Ersetze "zweiten"	(44) vorab für dieses Mentoring zu qualifizieren und sollen für ihre Tätigkeit auch entsprechend / (45) besser finanziell entlohnt werden. Ab dem zweiten Studienjahr sollen die Studierenden die / (46) Möglichkeit haben, als Vertretungslehrer eingesetzt zu werden. Die hier zusätzlich geleisteten	"dritten"
Seite 1 - Zeile 55 bis 56 - Antragsteller: BV Münsterland			
82	Streiche Ab Zeile 55 "Deshalb" bis Zeile 56 "besuchen"	(54) Gerade für Lehrerinnen und Lehrer darf die Ausbildung nicht mit dem zweiten Staatsexamen / (55) enden. Deshalb sollen sie verpflichtet werden, jährlich in den Sommerferien eine einwöchige / (56) Fortbildung zu besuchen. In diesem Bereich müssen verstärkt auch onlinebasierte Angebote / (57) bereitgestellt werden. So können sich auch interessierte Lehrerinnen und Lehrer zeit- und	

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen**Antrag 306 "Anpassung der Einkommensgrenze für Mini- und Midijobs"****Änderungsanträge**

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 3 - Antragsteller: Landesverband Bayern			
83	Füge ein nach	(2) Die Jungen Liberalen fordern eine Dynamisierung der Verdienstgrenze für Minijobber und der	Darüber hinaus fordern wir eine Anhebung des allgemeinen Grundfreibetrags auf die Einkommenssteuer.

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen

Antrag 403 "Keine Bundesmittel für die Deutsche Umwelthilfe"

Änderungsanträge

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 3 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
84	Füge ein in	(2) Die Jungen Liberalen setzen sich dafür ein, dass die Gemeinnützigkeit der Deutschen / (3) Umwelthilfe (DUH) überprüft wird. Die FDP-Bundestagsfraktion soll darauf hinwirken, dass / (4) bereits etatisierte Mittel, die noch nicht verbindlich zugesagt wurden, mit einem Sperrvermerk	Wir beantragen hinter "überprüft" "und infolgedessen die Klagebefugnis infrage gestellt wird." zu ergänzen.

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 6 - Antragsteller: JuLis Bremen			
85	<p>Füge ein in Damit einzelne In- teressengruppen den Rechtsweg auch in Zukunft nicht länger als Machtinstrument missbrauchen können, fordern die Jungen Liberalen darüber hinaus die FDP-Bundest- agsfraktion und die ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich für eine Reform des Verb- andsklagerechts aus § 2 UmwRG und der zu Grunde liegenden Richtlinien einzusetzen. Dabei fordern die Jungen Liberalen insbesondere die Wiedereinführung der Präklusion.</p>	<p>(5) versehen werden und in künftigen Haushalten keine Mittel mehr für die DUH etatisiert werden. ///</p>	<p><u>Begründung:</u></p> <p>Das Verbandsklagerecht nach § 2 UmwRG ist zu einem kraftvollen Vehikel für wirtschaftliche und politische Machtspiele avanciert. Die Diskussion um die Deutsche Umwelthilfe ist dabei kein Einzelfall. Umweltverbände haben durch ihre Klagen beispielsweise die wichtige Vertiefung der Flüsse Elbe und Weser durch immer wiederkehrende Gerichtsverfahren um Jahrzehnte verzögert. Seit vier Jahren verhindert der BUND außerdem den Bau eines Offshore-Terminals in Bremerhaven. Diese Fälle machen deutlich, dass eine jeweils einzelfallbezogene Entziehung der Gemeinnützigkeit das zu Grunde liegende Problem nur oberflächlich und oftmals erst im Nachhinein löst. Die DUH ist vielmehr nur ein Symptom eines tiefgreifenden rechtsstaatlichen, wirtschafts-politischen und demokratischen Problems, das auf europäischer Ebene gelöst werden muss:</p> <p>Erstens ist der Rechtsweg überhaupt nicht dafür vorgesehen, einseitigen politischen Interessen am gewählten Parlament vorbei zu ihrer Durchsetzung zu verhelfen. Vielmehr geht es um individuellen Rechtsschutz, der garantiert wird. Daher ist im Verwaltungsrecht auch grundsätzlich eine unmittelbare und individuelle Betroffenheit (Klagebefugnis) erforderlich. Das Verbandsklagerecht nach § 2 UmwRG stellt hiervon bereits eine Ausnahme dar. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass es nur restriktiv eingesetzt werden kann.</p> <p>Zweitens hat der EuGH im Jahre 2015 entschieden, dass Umweltverbände jegliche Einwendungen gegen eine bereits durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gerichtlich geltend machen können, auch wenn sie diese nicht während der Einwendungsfrist des UVP-Verfahrens erhoben haben. Dieser erzwungene Wegfall der Präklusion hat dazu geführt, dass Infrastrukturprojekte von Umweltverbänden über Jahrzehnte lang verschleppt werden können. Dies ist auch ein Grund dafür, dass die Energiewende hierzulande nur im Schnecken-tempo vorankommt. Eine moderne und schnell einsatzfähige Infrastruktur ist jedoch dringend notwendig, damit Deutschland für die Herausforderungen der Globalisierung, Digitalisierung und vor allem auch des Klimawandels gewappnet ist.</p> <p>Letztlich erzeugt eine ausufernde Anwendung des Verbandsklagerechts</p>

			<p>zur Durchsetzung einseitiger politischer Interessen - wie im Fall DUH - eine gesellschaftliche Sprengkraft. Denn wesentliche politische Entscheidungen sollen im Sinne der Gewaltenteilung den Parlamenten vorbehalten sein. Nur sie sind umfassend demokratisch legitimiert. Lassen wir nicht zu, dass unsere Demokratie weiter unter Interessengruppen wie der DUH leidet.</p>
--	--	--	---

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen

Antrag 410 "Keine Quoten bei öffentlichen Wahlen!"

Änderungsanträge

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 15 - Antragsteller: Roland Fink			
86	Ersetze	(14) wie sie die Vielfalt der Wahllisten erhöhen können oder wen sie für einen Wahlkreis nominieren. / (15) Dabei steht jeder Partei offen, sich freiwillig für eine Quote zu entscheiden. / (16) Das bedeutet aber nicht, dass wir uns mit der Unterrepräsentation von Frauen und anderen	Ersetze: "Dabei steht jeder Partei offen, sich freiwillig für eine Quote zu entscheiden." durch: "Da die innere Ordnung der Parteien laut Art. 21 GG demokratischen Grundsätzen entsprechen muss und wir durch Geschlechterquoten demokratische Grundsätze verletzt sehen, lehnen wir auch innerparteiliche Quoten ab."

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen

Antrag 501 "Begrüßen wir neue Mitgliedstaaten, damit Europa groß und stark wird!"

Änderungsanträge

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 137 bis 139 - Antragsteller: Robert Müller, Robert Teuber			
87	Streiche	(136) demokratische und rechtsstaatliche Strukturen. Daher muss bei einem entsprechenden Wunsch / (137) der Bevölkerung allen Dreien der Weg in die EU offenstehen. Im Hinblick auf die Popularität von / (138) Snus in Norwegen, muss dem Land eine mit Schweden vergleichbare Ausnahmeregelung / (139) eingeräumt werden. / (140) 3. Türkei	Streiche in Z. 137 ff.: <i>"Im Hinblick auf die Popularität von Snus in Norwegen, muss dem Land eine mit Schweden vergleichbare Ausnahmeregelung eingeräumt werden."</i>
Abschnitt 3 - Seite 1 - Zeile 182 bis 189 - Antragsteller: Natalie Sapir (LV Berlin)			
88	Streiche	(181) Bevölkerungszahl jedoch kritisch gegenüber. / (182) 6. Israel / (183) Als liberaler und demokratischer Rechtsstaat erfüllt Israel an sich alle Voraussetzungen für einen / (184) EU-Beitritt. Umfragen zeigen auch, dass eine EU-Mitgliedschaft in der Bevölkerung recht populär / (185) ist. Daher ist für uns JuLis klar, sollte Israel wünschen EU-Mitglied zu werden, so unterstützen / (186) wird dies ausdrücklich. Vor einem Beitritt müssen allerdings die Außengrenzen Israels geklärt / (187) werden. Bevor dies geschehen ist, sollte Israel ein Beitritt zum EWR und zur Zollunion / (188) angeboten werden. Unabhängig von all dem muss Israel zeitnah eine Mitgliedschaft im / (189) Europarat angeboten werden. / (190) 7. Cabo Verde	Streichung -Begründung erfolgt mündlich-

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen

Antrag 505 "Bundeswehr – Wir. Verteidigen. Freiheit."

Änderungsanträge

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 10 bis 11 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
89	Streiche	(9) sowie der anteiligen Sicherung der NATO-Bündnispartner liegt. Die Bundeswehr muss wieder / (10) mehr in ein gesellschaftlich positives Bild rücken. Wir fordern die Bundeskanzlerin auf, dass sie / (11) öfter die Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen besucht. Das Ziel muss es sein, dass / (12) die Bundeswehr vernünftig und reibungslos ihre Arbeit erledigen kann	Wir beantragen die Streichung des Satzes "Wir fordern die Bundeskanzlerin auf, dass sie öfter die Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen besucht."
Seite 1 - Zeile 19 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
90	Ersetze	(18) wir Schluss machen und der Bundeswehr ein Update verpassen! / (19) Endgültige Abschaffung der Wehrpflicht / (20) Wir Jungen Liberalen lehnen die Wiedereinführung einer Wehrpflicht entschieden ab und fordern	Wir beantragen die Überschrift "Endgültige Abschaffung der Wehrpflicht" durch "Wehrpflicht weiterhin nur im Verteidigungsfall" zu ersetzen.
Seite 1 - Zeile 20 bis 21 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
91	Streiche	(19) Endgültige Abschaffung der Wehrpflicht / (20) Wir Jungen Liberalen lehnen die Wiedereinführung einer Wehrpflicht entschieden ab und fordern / (21) darüber hinaus ihre endgültige Abschaffung durch eine Änderung des Grundgesetzes. Die / (22) Streitkräfte unserer Bündnispartner zeigen uns beispielhaft, dass die Wehrpflicht nicht das Mittel	Wir beantragen die Streichung von "und fordern darüber hinaus ihre endgültige Abschaffung durch eine Änderung des Grundgesetzes."

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 33 bis 37 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
92	Streiche	(32) und ihren Werten. / (33) Kameradschaft, Fürsorge und Gewissenhaftigkeit gab und gibt es zu jeder Zeit. So bekennen wir / (34) uns auch klar zu den drei Traditionslinien der Bundeswehr: Die preußischen Reformer, der / (35) militärische Widerstand von 1944 und die bundeswehreigene Geschichte. Der Zeitraum seit 1955 / (36) wird jedoch zu selten exemplarisch herangezogen. Auch muss hierbei die Rolle der / (37) Mannschaftssoldaten und Unteroffiziere wesentlich stärker in den Vordergrund gestellt werden. / (38) Die Arbeit der Reservistenverbände, als Bindeglied zwischen Militär und Zivilbevölkerung, muss	Wir beantragen die Streichung des Teils "Kameradschaft, Fürsorge [...] gestellt werden."
Seite 1 - Zeile 68 - Antragsteller: LV Thüringen			
93	Füge ein in zwischen Behörden und Möglich	(67) Der Zugang zu Informationsveranstaltungen an öffentlichen Schulen und Universitäten muss für / (68) die Bundeswehr in Kooperation mit den zuständigen Behörden möglich sein. / (69) Beschaffungspolitik – Damit unsere Flugzeuge wieder fliegen.	einfacher
Seite 1 - Zeile 143 bis 144 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
94	Ersetze	(142) Gewährleistung der Sicherheit der Soldaten im Einsatz und deren Professionalisierung nötig ist. / (143) Perspektivisch soll geprüft werden, ob eine langfristige Erhöhung des Verteidigungshaushaltes / (144) auf 2,5% des Bruttoinlandsproduktes sinnvoll ist. / (145) Alternative 2: Wir wollen weg von der Diskussion über starre vom BIP abhängige prozentuale	Wir beantragen die Zeilen 143-144 durch "Zudem sollen 20 % der Ausgaben in Geräte und Forschung entsprechend der Nato-Regelung zu investieren." zu ersetzen.
Seite 1 - Zeile 169 bis 174 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
95	Streiche	(168) entsprechenden Verkehrswegeplan erstellen, der bis spätestens 2026 umgesetzt sein muss. / (169) Wer Leib und Leben für die Freiheit und Sicherheit Europas und der Bundesrepublik riskiert, der / (170) muss auch angemessen bezahlt werden. Soldatinnen und Soldaten anhand derselben / (171) Besoldungsstufen wie andere Bundesbeamte zu bezahlen ist daher nicht immer angemessen. / (172) Deshalb wollen wir ein eigenes Soldatenbesoldungsgesetz schaffen, um die Löhne der / (173) Soldatinnen und Soldaten separat anheben zu können. So machen wir darüber hinaus die / (174) Bundeswehr zu einem attraktiveren Arbeitgeber. Auch zur Unterstützung unserer Streitkräfte / (175) fordern wir den Wegfall der Zweitwohnsitzsteuer.	Wir beantragen die Streichung des Teils "Wer Leib und Leben [...] Arbeitgeber."

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 195 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
96	Füge ein nach		Wir beantragen hinter Zeile 195 einzufügen "Darüber hinaus wollen wir die Unterstützung für das Bundeswehr Sozialwerk e.V. weiter ausbauen und die wichtige Arbeit des Sozialwerks weiter fördern."
Seite 1 - Zeile 266 - Antragsteller: Junge Liberale Schleswig-Holstein			
97	Ersetze	(265) Soldatinnen und Soldaten Sprachkurse insbesondere in Englisch anzubieten, / (266) eine gemeinsame Grundausbildung, / (267) die Einrichtung einer europäischen Offiziersakademie zur Koordinierung der nationalen	Wir beantragen die Zeile 266 durch "Ein gemeinsames europäisches Konzept für die Grundausbildung und die Schaffung der Möglichkeit dies im Ausland zu absolvieren," zu ersetzen.

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen**Antrag 709 "Freiheit braucht Verantwortung - Leitlinien einer liberalen Umweltpolitik"****Änderungsanträge**

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
-----	--------------	-------------	-----------------

Nr.	Änderungsart	Orginaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 168 bis 177 - Antragsteller: Felix Meyer			
98	Ersetze Hierfür sind [...] kein Tabu sein.	(167) einer besseren materialwirtschaftlichen Aufarbeitung ab. / (168) Hierfür sind die bewährten Verfahren der Mülltrennung beizubehalten und umfassend / (169) auszugestalten. Durch gezielte Wieder- oder Anschlussverwendung von Wertstoffen können / (170) Grenzen der Rohstoffverfügbarkeit verschoben werden. Insbesondere im Bereich der Seltenen / (171) Erden müssen Möglichkeiten des Recyclings weiter erforscht werden. Wir wollen daher bessere / (172) Rahmenbedingungen für die Kreislaufwirtschaft. Auch hier muss das Verursacherprinzip / (173) konsequent umgesetzt werden: der Hersteller eines Produkts hat die Verantwortung für die / (174) spätere Entsorgung zu tragen. / (175) Im Einklang mit einer energetisch wie emissionsbewussten Lösung des Müllproblems darf / (176) überdies die Anwendung modernster und externalitätenarmer Müllverbrennungstechnologien / (177) kein Tabu sein. / (178) Überdies stellen wir uns gegen das Verbot, den Fahrzeugmotor im Winter im Stand laufen zu	<p>Die Jungen Liberalen bekennen sich klar zur Abfallhierarchie. Die Abfallhierarchie besteht aus fünf Elementen: Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Aufbereitung/Recycling, Sonstige Verwertung (insbesondere thermische/energetische und schließlich Abfallbeseitigung (Deponierung).</p> <p>2019 wurde aus der bisherigen Verpackungsverordnung das neue Gesetz zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen, kurz Verpackungsgesetz. Somit wurde darauf verzichtet, ein eigenes "Wertstoffgesetzes" zu schaffen. Die Jungen Liberalen halten das für den falschen Weg.</p> <p>Wir begrüßen grundsätzlich die erhöhten Recyclingquoten im neuen Verpackungsgesetz. Dies wird hoffentlich die richtigen Anreize setzen, die wertstoffliche Verwertung besser zu ermöglichen.</p> <p>Im Einklang mit einer energetisch wie emissionsbewussten Lösung des Müllproblems darf überdies die Anwendung modernster und externalitätenarmer Müllverbrennungstechnologien kein Tabu sein.</p> <p>Wir müssen auf dem Entsorgungsmarkt für echte Marktwirtschaft sorgen. Bis jetzt haben dort private Unternehmen kommunal getragenen Abfallunternehmen gegenüber steuerliche Nachteile. Diese werden damit begründet, dass die kommunalen Abfallunternehmen für die Daseinsvorsorge zuständig sind und demnach steuerlich begünstigt werden müssen. Das hat allerdings zur Folge, dass die kommunalen Abfallunternehmen auch über den Bereich der eigentlichen Daseinsvorsorge hinaus einen Wettbewerbsvorteil haben.</p> <p>Im Bereich der mineralischen Abfälle müssen rechtliche Hürden zur Verwendung von Recycling-Baustoffen abgeschafft werden und die öffentliche Hand als Auftraggeber ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Als Vorbild kann die Schweiz dienen. In Zürich werden Aufträge nur vergeben, wenn auch RC-Beton verwendet wird. Ebenso müssen Pilotprojekte in diesem Bereich in Zukunft unterstützt und gefördert werden.</p> <p>Carbonfaserverstärkte Kunststoffe (CFK) und glasfaserverstärkte Kunststoffe (GFK) werden ob ihrer Leichtigkeit bei gleichzeitiger Stabilität immer häufiger verwendet und gewinnen an Bedeutung. Die Stoffe lassen sich allerdings nur schwer recyceln. Auch</p>

Müllverbrennungsanlagen tun sich mit den Stoffen schwer und nehmen sie nicht an. Hier muss mehr in die Forschung investiert werden, um dieses drohende Müllproblem der Zukunft schon heute lösen. Ebenfalls im Bereich der Seltenen Erden müssen Möglichkeiten des Recyclings weiter erforscht werden.

Ein Problem sehen die Jungen Liberalen darin, dass jede Gemeinde ihr "eigenes Süppchen" kocht und kein einheitliches System existiert.

Wir brauchen ein bundesweites Wertstoffgesetz, dass die gemeinsame haushaltsnahe Erfassung von Wertstoffen für Verpackungen und andere Wertstoffe einheitlich regelt.

Doch auch die Hersteller sind gefragt: Damit ein Recycling möglich ist, müssen Verpackungen aus wenigen oder nur einem Material bestehen. Konkret heißt das, beispielsweise Verbundfolien in Verpackungen zu reduzieren.

Grundsätzlich sprechen die Jungen Liberalen sich für eine Konzentration auf wenige recyclingfähige Kunststoffe aus. Das verwertbare Hauptmaterial sollte 90% des Gesamtgewichts der Verpackung ausmachen.

Dabei unterstützen wir etwa marktwirtschaftliche Ansätze wie beispielsweise höhere Lizenzkosten für nicht recyclingfähige Verpackungen im Dualen System.

58. Bundeskongress vom 12. bis 14. April in Bremen

Antrag 901 "Klare Kante gegen Linksextremismus"

Änderungsanträge

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 8 bis 16 - Antragsteller: LV Hamburg, LV Berlin, LV Saarland, LV Brandenburg, LV Sachsen, KV Hannover			
99	Streiche	(7) linksextremen Einstellungen und insbesondere linksextremer Gewalt zu distanzieren. / (8) Wir bekennen uns als Verband klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher / (9) erkennen wir weder die mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) / (10) rechtsidentische Partei "Die Linke" noch deren Jugendorganisation "linksjugend ['solid]" als / (11) demokratisch gleichwertige Organisationen an. Gemeinsame Formate wollen wir wo sinnvoll / (12) möglich vermeiden, gegenseitige Grußworte halten wir für unangebracht. Gleichzeitig wollen wir / (13) selbstverständlich ihren Argumenten in Podiumsdiskussionen diskursiv begegnen statt uns / (14) wegzuducken. / (15) Wir fordern die Freien Demokraten dazu auf, gemeinsame Anträge zu Sachfragen zu vermeiden / (16) und Koalitionen mit der Linke auf Landes- und Bundesebene auszuschließen. / (17) Wir fordern eine europaweite Strategie zur Verfolgung und Bekämpfung linksextremistisch	

Nr.	Änderungsart	Originaltext	Änderungsantrag
Seite 1 - Zeile 8 bis 12 - Antragsteller: Roman-Francesco Rogat			
100	<p>Streiche Daher erkennen wir weder die mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) rechtsidentische Partei „Die Linke“ noch deren Jugendorganisation „linksjugend [‘solid]“ als demokratisch gleichwertige Organisationen an. Gemeinsame Formate wollen wir wo sinnvoll möglich vermeiden, gegenseitige Grußworte halten wir für unangebracht.</p>	<p>(7) linksextremen Einstellungen und insbesondere linksextremer Gewalt zu distanzieren. / (8) Wir bekennen uns als Verband klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher / (9) erkennen wir weder die mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) / (10) rechtsidentische Partei "Die Linke" noch deren Jugendorganisation "linksjugend [‘solid]" als / (11) demokratisch gleichwertige Organisationen an. Gemeinsame Formate wollen wir wo sinnvoll / (12) möglich vermeiden, gegenseitige Grußworte halten wir für unangebracht. Gleichzeitig wollen wir / (13) selbstverständlich ihren Argumenten in Podiumsdiskussionen diskursiv begegnen statt uns</p>	